Trotzki: Zur Bauernfrage.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 184. 27. Dezember | 3. Jahrgang 1923

Adresse für alle Sendungen: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.
Telegrammadresse: Wien, Inprekorr.

INHALT:

Was ist der Bolschewismus? Von Sinowjew 1555

Politik.
Amerika und die Anerkennung Sowjetrußlands. Von Amter 1557
Parlamentswahlen in Danzig. Von Tokarski . . . 1558

Arbeiterbewegung.
Beamtenabbau in Deutschland. Von E. Eichhorn . . 1558

Weißer Schrecken.
Die Stimme eines bulgarischen Geistlichen 1560

Unsere Probleme.
Zur Bauernfrage. Von Trotzki 1561

Rote Hilfe.
Die Rote Hilfe auf der Wacht 1562

Was ist der Bolschewismus?*)

Von G. Sinowjew.

Wenn wir von der Vorgeschichte des Bolschewismus — den ältesten Werken Lenins („Die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie"), einigen Arbeiten Plechanows, der alten „Iskra" und insbesondere deren Kampf gegen den Ökonomismus absehen, dann können wir sagen, daß der Bolschewismus als breite politische Strömung, fast am Vorabend der Revolution des Jahres 1905 geboren wurde.

Der im Sommer 1903 abgehaltene 2. Parteikongreß mündete in einen mächtigen Sturm revolutionärer Streikbewegung, der sich immer heftiger und heftiger über ganz Rußland ausbreitete. Die erste Bluttaufe erhielt der Bolschewismus während der ersten Revolution im Jahre 1905.

Aber es kam eine noch entscheidendere Prüfung. Die Revolution des Jahres 1905 wurde unterdrückt, die Arbeiterklasse wurde zurückgeworfen. Das Tempo des politischen Lebens ist langsamer geworden. Es herrschte eine Kirchhofstille. Kleinmut und Renegatentum wurden zu Alltagserscheinungen. Der Rost der bürgerlichen Ideologie steckte auch die Reihen der Arbeiter an.

Die Frage, ob der Bolschewismus diese Prüfung bestehen, ob er dem Feuer der Gegenrevolution standhalten wird, wurde ungefähr während der fünf Jahre zwischen 1906 bis 1912 entschieden.

Was brachte der Bolschewismus Neues auf dem Gebiete der politischen Ideologie? Welche neuen Wege eröffnete der Bolschewismus dem internationalen Sozialismus? Worin besteht die Entdeckung des Genossen Lenin?

Wenn wir auf diese Fragen mit wenigen Worten zu antworten hätten, würden wir folgendes sagen:

1. Der Bolschewismus hat zum ersten Male in der Geschichte des internationalen Klassenkampfes die Idee der Hegemonie des Proletariats ernst genommen, indem er ins praktische Geleise lenkte, was Marx und Engels bloß theoretisch festgestellt hatten.

2. Gerade weil der Bolschewismus die Frage der proletarischen Diktatur als praktische Tagesfrage aufgerollt hat, begann er zum ersten Male in der Geschichte des internationalen Sozialismus nach einem Verbündeten für das Proletariat zu suchen.

3. Und — darin besteht das Hauptverdienst des Bolschewismus — er fand diesen Verbündeten in der Bauernschaft.

4. In diesem Sinne kann gesagt werden, daß der Bolschewismus die Rolle der Bauernschaft „entdeckte", indem er einsah, daß die Bauernschaft jene Kraft darstellt, deren Gewinnung es dem Proletariat allein ermöglicht, seine große befreiende Rolle in der Weltrevolution auszuführen.

Wer die wichtigsten Momente in der Geschichte des Bolschewismus verfolgt — von der ersten wichtigsten aktuellen politischen Plattform des Bolschewismus im Jahre 1904/5 (die Broschüre des Genossen Lenin über „Zweierlei Taktik", in der die Frage über die „revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" in klarer Weise aufgestellt wurde) bis zum Gedanken der „Smytschka", des Zusammenschlusses der Arbeiter und Bauern, der in unseren Tagen, 20 Jahre nach dem Entstehen des Bolschewismus, eine so große Rolle spielt —, der wird sich davon überzeugen, daß der Bolschewismus sein entscheidendes Wort gerade auf diesem Gebiete gesprochen hatte.

Zur Frage über das gegenseitige Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft haben Marx und Engels nur das Allgemeinste beigetragen, und sie konnten auch nicht mehr geben. Diesen allgemeinen Formeln von Marx und Engels Fleisch und Blut zu geben, wurde zur Aufgabe des Bolschewismus. Die politische Taktik des Proletariats in der Weise aufzubauen, daß es bei der größtmöglichen formellen „Gleichberechtigung" des Proletariats und der Bauernschaft möglich sein soll, die Bauernschaft in Wirklichkeit in der Gefolgschaft des Proletariats einherzuführen und die Bauernschaft gleichsam „zu zwingen", die Rolle des „Rohmaterials" für das Proletariat zu spielen, das seine große historische Mission erfüllt — das war die große Frage, deren Lösung dem Bolschewismus gelungen ist. Und dem Wesen nach ist es heute schon vollkommen klar, daß die wichtigsten

*) Aus dem Vorworte zum ersten Band des im russischen Staatsverlag erschienenen Werkes des Genossen Sinowjew: „Aus der Geschichte des Bolschewismus".

Probleme der proletarischen Revolution auch in internationalem Maßstabe heute — in verschiedenen Varianten — dahin führen, wohin diese Aufgabe in Rußland während der letzten zwei entscheidenden Jahrzehnte geführt hatte. Die Taktik des Bolschewismus wird vor allem gerade auf dem Gebiete des gegenseitigen Verhältnisses des Proletariats und der Bauernschaft einen internationalen und universalen Charakter erhalten.

Das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft — das ist der Hauptnerv des Bolschewismus. Wer den Bolschewismus begreifen will, wer aufrichtig zum Bolschewik werden will, der muß den Bolschewismus vor allen Dingen auf diesem Gebiete studieren, der muß begreifen, daß gerade dadurch das Wesen des Bolschewismus bestimmt wird.

Wir wollen damit nicht sagen, daß der Bolschewismus auf einmal eine fertige und abgeschlossene taktische Formel über das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft geschaffen hatte. Von der Parole der „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", die zum ersten Male durch Lenin im Jahre 1904/5 formuliert wurde, bis zur Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung", die in Rußland verwirklicht und nun auch durch den Internationalen Kommunismus für die ganze Kommunistische Internationale verkündet wurde, vergingen zwei Jahrzehnte voll tiefsten politischen Inhaltes. Aber was der Bolschewismus schon bei allem Anfang seiner politischen Existenz dargeboten hat, das war ein richtiges Herantreten an die Lösung dieses — alle anderen beherrschenden — Problems. Darin besteht sozusagen das erste Lebenszeichen des Bolschewismus.

In der Frage über die Einschätzung der Rolle der Bauernschaft entwickelte sich der Bolschewismus in höchst organischer Weise. Im Jahre 1905 betrachtete der Bolschewismus die Bauernschaft nur als einen möglichen „provisorischen Verbündeten" des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Bauernschaft wollte dem Proletariat helfen, mit der zaristischen Willkürherrschaft gründlich aufzuräumen, die Agrarfrage „auf plebejische Art" zu lösen. Die Fesseln der Entwicklung der Produktivkräfte Rußlands zu sprengen und das Land auf den Weg des freien Klassenkampfes im Rahmen einer demokratischen Republik herauszuführen, die ihrerseits zum Kampfplatz des Proletariats für den Sozialismus werden sollte. Im Jahre 1917 spricht der Bolschewismus der Bauernschaft schon eine viel größere Rolle zu, und zwar entsprechend dem Umstande, daß auch die ganze gesellschaftliche Entwicklung sich auf eine viel höhere Stufe emporgehoben hatte und die Hauptklasse — das Proletariat — bereits unmittelbar auf den sozialistischen Umsturz hinarbeitete.

Aber wenn dem so ist — kann uns mancher Leser entgegenhalten —, hatten dann im Jahre 1905 die Anhänger der Theorie der „permanenten Revolution" gegenüber den Bolschewiki nicht recht?

Keineswegs.

Die Theorie der „permanenten Revolution" sprang über die Bauernschaft hinweg. Sie übersah die riesengroße, in vieler Hinsicht entscheidende Rolle der Bauernschaft in einem solchen Lande wie Rußland, und nicht nur in Rußland.

Ja, im Jahre 1905 ging der Bolschewismus von dem Standpunkte aus, daß die bevorstehende Revolution nur eine bürgerlich-demokratische Revolution sein würde. Sogar noch im Jahre 1916 hatte der Bolschewismus gewissermaßen noch dieselbe Perspektive (vergl. die bekannten Thesen des Zentralorgans unserer Partei, die in der Sammlung „Gegen den Strom" abgedruckt sind), und im Jahre 1917, nach der Februarrevolution, vollzog der Bolschewismus eine jähe Wendung zur Idee des unmittelbaren sozialistischen Umsturzes. Die Schwierigkeiten des Überganges waren sehr groß. Mit diesen Schwierigkeiten waren auch große Fehler verbunden, insbesondere auch Fehler, die der Verfasser dieser Zeilen im Herbst 1917 beging. Aber nur Phrasenhelden und oberflächliche Beobachter können behaupten, daß diese Wendung „plötzlich" geschah, und daß diese Wendung einen Beweis dafür liefert, daß der Bolschewismus im Jahre 1905 unrecht gehabt hatte. Wer in dieser Weise urteilt, der vergißt eines: daß zwischen 1905 und 1917 ein epochemachendes Jahrzehnt liegt, das für die ganze Politik des internationalen Proletariats von entscheidender Bedeutung war — der vergißt, daß sich während dieser zwölf Jahre folgende zwei „kleine" Ereignisse abspielten, erstens: der erste imperialistische Weltkrieg, der vier Jahre lang dauerte und nicht nur ganz Rußland, sondern ganz Europa bis auf den Grund aufwühlte, 10 Millionen Menschenopfer forderte und die Weltbourgeoisie mit der Schnelligkeit einer erstklassigen D-Zug-Lokomotive dem historischen Untergang entgegenführte; zweitens stürzte im Februar 1917 der Zarismus, der während vieler Jahrzehnte das Haupthindernis jeder wie immer gearteten Freiheitsbewegung nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt darstellte. Der Zarismus fiel. Schon die Februarrevolution, die mit dem Weltkrieg eng verbunden war, ließ so tiefe Volkskräfte auf den Plan treten (und vor allem die Bauernschaft, da die Armee eine Bauernarmee war), daß das städtische Proletariat sich viel weitergehende Aufgaben stellen konnte.

Der Bolschewismus nahm im Jahre 1905 und 1917 die Bauernschaft wie sie war. Der Bolschewismus sprang weder im Jahre 1905 noch im Jahre 1917 über die Bauernschaft hinweg. Und darin bestand seine große „urwüchsige" Kraft, die ihm eine unerschöpfliche Macht verlieh. Wer daran gedacht hatte, der russischen Bauernschaft im Jahre 1905 dieselben Aufgaben vorzuschreiben, die ihr erst im Jahre 1917 nach dem imperialistischen Weltkrieg und nach der Februarrevolution vorgelegt werden konnten, der wäre ein Don Quichote gewesen.

Kann man denn zum Beispiel selbst den französischen Bauer der Vorkriegszeit mit dem der Nachkriegszeit vergleichen? Sogar der französische Bauer ist nach dem Krieg 1914 bis 1918 in vielen Beziehungen zu einem ganz neuen Menschen geworden. Die Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung" in Frankreich, sagen wir, im Jahre 1910 herauszugeben, wäre ein leeres Wort gewesen. Und im Jahre 1923 ist sie eine ernste revolutionäre Tat. Dabei durchlebte die französische Bauernschaft nicht im entferntesten einen solchen Umschwung, wie er für den russischen Bauer zwischen 1905 und 1917 zu verzeichnen war, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sich die bürgerliche Agrarrevolution in Frankreich schon vor mehreren Menschenaltern abgespielt hat, und weil die Agrarfrage in Frankreich in der Zeit von 1914 bis 1918 keine so große Rolle spielen konnte als in Rußland.

Darum hat der Bolschewismus sowohl im Jahre 1905 wie auch im Jahre 1917 recht gehabt. Darum führte ihn seine organische Entwicklung in der Hauptfrage: über das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft zur richtigen Taktik der „Smytschka", die im Jahre 1923 in einem durch konkrete Verhältnisse bedingten Zustande durchgeführt wird, die aber auch im Jahre 1923 richtig sein wird. Natürlich mit den entsprechenden Änderungen, die aus dem Gang der Entwicklung hervorgehen.

Die Bauernfrage war ja auch der Grund aller Hauptstreitigkeiten zwischen dem Bolschewismus und den ihm feindlich gegenüberstehenden Strömungen. Auf dieser Grundlage entstanden die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten. Der Menschewismus nahm den Kurs auf die sogenannte „gesamtnationale Opposition". Die Bauernschaft wurde angesichts ihrer niedrigen Kulturstufe durch den Menschewismus zu jeder historischen Tat überhaupt für unfähig gehalten. Die menschewistische Einschätzung der Bauernschaft war im Grunde genommen ein äußerst gegenrevolutionärer und herrschaftlicher Standpunkt.

Das Proletariat ist in den Kämpfen des Jahres 1905 für lange Zeit geschlagen. Die Bauernschaft schläft ihren ununterbrochenen Schlaf. Aus dieser Einschätzung zog der Menschewismus eine tief pessimistische Schlußfolgerung in Hinsicht auf die Möglichkeiten einer neuen Revolution überhaupt; und indem er die revolutionären Perspektiven begraben hatte, sah er seine Hauptaufgabe darin, sich innerhalb des Rahmens der Stolypinschen Legalität zurechtzufinden und eine echte „europäische" sozialdemokratische Partei zu schaffen. Aus der gegenrevolutionären Einschätzung der Rolle der Bauernschaft entsprang alles übrige.

Wenn das Proletariat im Jahre 1905 gesiegt hätte, hätten die Menschewiki eine Zeitlang mit ihm zusammengehen können. Das Proletariat wurde besiegt. Und man verbindet nicht gern das eigene Schicksal mit dem der Besiegten. So dachten und fühlten viele menschewistisch-sozialdemokratische überparteiliche und parteilose Gruppen der Intelligenz.

Im Jahre 1905, in dem Augenblicke, da die Erfolge des revolutionären Proletariats ihren Höhepunkt erreichten, schmiegte sich diese gesamte Intelligenz bis Minski und Toffi, bis zu der Kuskowa und den reichen Ingenieuren aus dem „Verband der Verbände" an das Proletariat. Im Nu rückten alle diese Intellektuellen und mit Verlaub Revolutionäre von der Freiheitsbewegung des Proletariats ab.

Das Volk, dieser „Einfaltspinsel", hat die Revolution verspielt, also kreuziget ihn. Und dabei vergeßt nicht, Euch einen besseren Herrn im Lager der Bourgeoisie zu suchen.

Die Intelligenz beginnt massenweise die Partei und die revolutionäre Bewegung überhaupt zu verlassen, sich mit Partei-

losigkeit zu rühmen, und auf die Partei zu schimpfen, gehörte zum guten Ton. Die Idee eines parteilosen „Arbeiterkongresses", die gegenüber einer illegalen revolutionären Partei ausgespielt wurde, hatte objektiv einen gegenrevolutionären Charakter.

Innerhalb der Partei beginnen anfangs in der Form von Streitigkeiten über Organisationsfragen die Streitigkeiten über die Grundlagen des Programms und der Taktik. Die ersten Auseinandersetzungen zwischen dem Bolschewismus und dem Menschewismus im Jahre 1903 waren anfangs äußerlich bloß Organisationsstreitigkeiten.

Im Jahre 1908 tritt die liquidatorische Strömung bereits entschieden auf den Plan. Als der Verfasser dieser Zeilen Ende 1908 aus Petersburg zur Allrussischen Parteikonferenz nach Paris fuhr, um im Namen des Zentralkomitees Bericht zu erstatten, brachte er das neue Wort „Liquidatorentum" mit sich. In Petersburg begannen sich diese Strömungen schon Anfang 1908, wenn nicht bereits Ende 1907, zu entfalten. Aber der Ausdruck „Liquidatorentum" — wir erinnern uns noch lebhaft daran — entstand Mitte 1908.

Innerhalb der bolschewistischen Fraktion selbst entsteht ein ernsthafter Kampf. Die Epoche der Gegenrevolution brachte den „Otsowismus" und auch solche Blüten zur Welt, wie das berühmte „Gottesbildnertum". Anfangs unterstützte auch ein Teil der revolutionären bolschewistischen Arbeiter aus Haß gegen die opportunistische Taktik der Minderheit der Dumafraktion den Otsowismus. Darum hatten auch unsere ersten Artikel gegen den Otsowismus einen sehr vorsichtigen pädagogischen Charakter. Und erst später, als A. Bogdanow & Co. versuchten, die Stimmung der bolschewistischen Arbeiter dazu auszunützen, eine eigene otsowistische Fraktion zu bilden, haben wir unseren Ton verschärft. Der Sieg des Otsowismus hätte in Wirklichkeit den Untergang des Bolschewismus bedeutet. Das, wonach die Menschewiki so sehr lechzten — daß der Bolschewismus zu einer Sekte ausarten und aufhören soll, eine Massenpartei zu sein — das hätte am besten durch die otsowistische „Taktik" erreicht werden können. Erst nachdem der Bolschewismus seine Kampagne nicht nur gegen das Liquidatorentum von „links", das heißt gegen den Otsowismus, durchführte, den wir mit Recht als den „verkehrten Menschewismus" bezeichneten, wurde der Bolschewismus endgültig gestählt und bewies sein Recht auf das Leben.

Warum wandten wir damals dem Kampfe gegen die Versöhnler soviel Aufmerksamkeit zu? Warum schlugen wir so stark auf das „Zentrum" los? Alle diese Strömungen waren doch zahlenmäßig sehr kleine Gruppen, ohne einen ernsten Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu haben.

Die Meinungsverschiedenheiten mit dem „Zentrum" waren selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten produktiven Charakters. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten trennten uns vom menschewistischen Lager. Aber insoweit die mittleren Gruppen der Versöhnler den liquidatorischen Menschewismus unterstützten, dessen Argumente wiederholten und ihn dabei noch dadurch „verschönten", daß sie ihm einen äußerlichen Anschein von Parteimäßigkeit gaben, waren die Versöhnler eine Zeitlang gefährlicher als die Liquidatoren. Ich erinnere mich: auf die Frage, warum sie und ihre Freunde sich des Kampfes gegen das deutsche sozialdemokratische „Zentrum" mit so großer Aufmerksamkeit annahmen, anstatt daß sie einfach die Revisionisten schlagen würden, antwortete Rosa Luxemburg: „Wenn es sich überhaupt noch lohnt, die Revisionisten zu schlagen, so ist dies nur dann der Fall, wenn zugleich die Zentralisten bekämpft werden." Und so gestalteten sich die Dinge auch bei uns. Die offenen Ideen des Liquidatorentums rochen zu sehr nach Verrat und stießen die revolutionären Arbeiter sofort ab. Dagegen konnten die verräterischen Ideen des Liquidatorentums, verbessert durch die Idee der „Einheit" und geschmückt durch die „Parteimäßigkeit" die Arbeiter, viel besser aus dem Konzept bringen.

In den Jahren 1909 bis 1911 vollzog sich eine Annäherung zwischen dem bolschewistischen Hauptkern und G. M. Plechanow. In Plechanow erwachte in diesen Jahren der alte Revolutionär wieder. Er konnte sich mit dem Liquidatorentum nicht versöhnen.

„Martow schlägt uns vor, auf den Namen ‚Partei' selbst zu verzichten" — schrieb uns Plechanow — „dafür sollte man Martow aufhängen."

Die orthodoxen Bolschewiki näherten sich Plechanow auch durch den Kampf gegen den philosophischen Revisionismus von Bogdanow u. Co. Bei unseren ersten Versuchen, eine legale marxistische Presse in Rußland aufzurichten (die Zeitschrift „Misl" in Moskau, die Zeitung „Swiesda" in Petersburg usw.), unterstützte uns Plechanow in ernster Weise. Leider geriet Plechanow, als ein neuer Aufschwung in der Arbeiterbewegung eintrat und die wichtigsten Probleme der Revolution wieder auftauchten, wieder ins menschewistische Fahrwasser. Und als der Krieg im Jahre 1914 begann, ging Plechanow in das Lager des Sozialchauvinismus über. Der bolschewistische Hauptkern, an dessen Spitze Genosse Lenin stand, sammelte die ganze Elite der russischen Arbeiter um sich und führte die Partei über alle Klippen und Abgründe hinweg.

Politik

Amerika und die Anerkennung Sowjetrußlands.

Von I. Amter (New York).

** Die Frage engerer Beziehungen mit Sowjetrußland, ja sogar seiner Anerkennung, steht gegenwärtig in Amerika im Vordergrunde des Interesses. Eine Anzahl von Senatoren und Kongreßmitgliedern der Vereinigten Staaten besuchte im letzten Sommer Sowjetrußland; Geschäftsleute und Bankiers haben das Land durchforscht. Sie alle, mit Ausnahme des Kongreßmitgliedes Britten, haben sich zugunsten engerer Beziehungen mit Sowjetrußland ausgesprochen; einige waren sogar für die Anerkennung.

Die gegenwärtige Diskussion bildet den Höhepunkt einer Kampagne, die unter der besonderen Führung des Senators Borah das abgelaufene Jahr vor sich ging. Obgleich Borah verhindert war, Sowjetrußland im verflossenen Sommer zu besuchen, ist er der ausgesprochene Vorkämpfer der Anerkennung gewesen. Es gelang ihm, für seine Stellungnahme beträchtlichen Anhang nicht nur unter den Arbeitern und Farmern zu gewinnen, sondern auch unter den Industriellen und Finanzleuten.

Die Zustimmung unter den Geschäftsleuten und Bankiers beruht auf praktischen Bedürfnissen. Die Stahlproduktion ist in den Vereinigten Staaten mit gewaltiger Schnelligkeit gewachsen. Das Land war nicht imstande, die gesamte Produktion aufzubrauchen: Die Hochkonjunktur, die vor etwa einem Jahre einsetzte, ist im wesentlichen vorüber und die Stahlwerke beginnen Stockungen zu erfahren. Die United States Steel Corporation (Stahlkorporation der Vereinigten Staaten), die einmal mit 95% der Leistungsfähigkeit arbeitete, arbeitet jetzt mit 80%; die unabhängigen Werke arbeiten nur mit 60 bis 70% ihrer Leistungsfähigkeit. Es ist ein riesiger Überschuß von Eisen und Stahl vorhanden, und die Menge der unausgeführten Aufträge ist im Rückgange.

Während mehrerer Jahre sowohl während des Krieges als auch nachher hat sich Amerika immer mehr dem südamerikanischen Markte zugewendet. Aber Südamerika ist nicht in der Lage, einen großen Anteil der amerikanischen Produktion abzunehmen, aus dem einfachen Grunde, weil Südamerika Exporteur von Rohstoffen, hauptsächlich nach Europa, ist. Europa ist nicht imstande, diese Stoffe anzukaufen, und die Folge davon ist, daß der Handel mit Südamerika ins Stocken gerät. Daher wenden sich die amerikanischen Stahlfabrikanten dem größten Markte zu, den die Welt zu bieten hat, nämlich Sowjetrußland. Die Berichte von Reisenden nach Sowjetrußland haben die Fabrikanten davon überzeugt, daß Sowjetrußland zahlungsfähig ist, und daß Industrie und Landwirtschaft sich auf einer festen Grundlage befinden. Sie glauben fest daran, daß der russische Kommunismus im Verfall begriffen ist, und Geschäfte mit Sowjetrußland eine gesunde Grundlage haben.

Die französische Besetzung des Ruhrgebietes und die Vereinigung des Eisens von Elsaß-Lothringen mit der Kohle des Ruhrgebietes haben Frankreich in eine ungemein günstige Lage versetzt. Diese Vereinigung macht Frankreich zu einem gefährlichen Mitbewerber auf dem Weltmarkte für Stahl. Die Vereinigten Staaten betrachten diesen Wettbewerb nicht mit Gleichmut. Außerdem sucht Frankreich engere Beziehungen mit Sowjetrußland. Mehrere Missionen haben bereits Sowjetrußland besucht; mehrere englische Missionen sind ebenfalls zu Besuch in Sowjetrußland gewesen und haben über die Handelsbeziehungen äußerst günstig berichtet. Nur die Vereinigten Staaten stehen beiseite: ihre Lage in Europa ist voll Gefahren.

Die Farmer von Amerika sind in einer ernsten Lage. Ein ungeheurer Überschuß von Weizen befindet sich auf dem Markte:

200,000.000 Bushels im letzten Jahre und 160,000.000 von der Ernte dieses Jahres. Und dies trotz der Tatsache, daß die Weizenproduktion in diesem Jahre verringert wurde. Die Farmer haben den Ruf nach einer Herabsetzung der Frachtgebühren erhoben, als nach einem Mittel, ihre Lage zu erleichtern. Im Jahre 1913 erhielten die Eisenbahnen 13% des Getreidepreises, im Jahre 1923 nahmen die Eisenbahnen und Spediteure 47% des Getreidepreises. Die Eisenbahnen machten ihre Macht geltend und weigerten sich, irgendeine Herabsetzung vorzunehmen. Die Farmer faßten neuerlich die Wiederherstellung des deutschen Marktes ins Auge. Dies wurde aber durch die chaotische Lage vereitelt, in die Deutschland durch kapitalistische Machenschaften und die Besetzung des Ruhrgebietes hineingestoßen wurde. Als Coolidge eine Anleihe an Deutschland im Betrage von 15 Millionen Dollar zum Ankaufe von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten ankündigte, jubelten ihm die Farmer zu. Ein Vertreter des Farm Bureau, der damals in Berlin weilte, erklärte, daß die Farmer Amerikas diesen Gedanken unterstützen würden. Aber auch dies ist inzwischen vereitelt worden. Amerika hält noch nicht den Augenblick für geeignet, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumengen und sie mit amerikanischem Golde zu lösen.

Die amerikanischen Farmer sind durch die Nachrichten über die steigenden Mengen von Getreide erschreckt worden, die Sowjetrußland auf den internationalen Markt bringt. Russisches Getreide ist billiger als amerikanisches Getreide; daher besteht große Gefahr für den amerikanischen Farmer, daß sein Erzeugnis vom europäischen Markte verdrängt werden wird. Er verlangt deshalb, daß die amerikanische Regierung zu einer Verständigung mit den russischen Bauern betreffs der Getreidepreise auf dem internationalen Markte gelange. Amerika nähert sich Wahlen, und die sechs Millionen Stimmen der Farmer sind nicht zu verachten. Coolidge hört daher auf ihre Forderungen, nicht nur, um den Geist des Aufruhrs zu besänftigen, der im Steigen ist, sondern auch, um ihre Stimmen zu fangen! Ein sehr geschicktes Wahlmanöver!

Vor dem Erdbeben in Japan war Amerika wegen der wachsenden Macht Japans und wegen seines Eingreifens im Fernen Osten besorgt geworden. Das Unglück in Japan hat den Bestrebungen des japanischen Imperialismus auf einige Zeit ein Ende bereitet. Trotzdem die japanische Regierung erklärt, daß der Zustand Japans gesund sei, werden nichtsdestoweniger alle seine Kräfte dazu verwendet werden müssen, die Industrien und Gebäude wiederherzustellen, die zerstört worden sind. Wären die Verhältnisse die gleichen geblieben wie vor dem Erdbeben, so hätte Amerika den Beistand Sowjetrußlands im Fernen Osten benötigt. Wie die Dinge jetzt liegen, wird Amerika die Beengung Japans dazu ausnützen, Sowjetrußland näher an sich heranzuziehen und es für seine künftigen Ziele zu einem Freunde zu machen.

Hughes nimmt einen unversöhnlichen Standpunkt ein. Er ist gegen Beziehungen mit Sowjetrußland gewesen, da es „ungeeignet" sei, mit „zivilisierten" Nationen in Berührung zu kommen. Er erklärt kategorisch — wie er es im letzten Frühjahr tat — daß Amerika nichts mit Sowjetrußland zu tun haben solle. Er hat vor ganz kurzer Zeit während der Diskussion im Kabinette erklärt, daß entweder dieser Zustand fortdauern müsse, oder aber Amerika müßte Sowjetrußland de jure anerkennen. Das ist blanker Schwindel, denn Hughes würde gegen nichts mehr Widerstand leisten als gegen irgendeine Art von Anerkennung. Hughes wird möglicherweise zum Kandidaten der Republikanischen Partei gewählt werden. Wenn Coolidge versucht, die Progressiven zu entwaffnen, und sich um seine Aufstellung bewirbt, so übertrumpft ihn Hughes und bietet den Progressiven noch mehr.

Samuel Gompers ist ein eingefleischter Feind Sowjetrußlands. Bei passenden und unpassenden Gelegenheiten greift er das Sowjetsystem und den Kommunismus an. Bei dem vor kurzem abgehaltenen Kongresse der American Federation of Labor wurde eine Resolution, die die Anerkennung Sowjetrußlands verlangte, mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Gompers hat die Massen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder nicht hinter sich. Die Stellungnahme von Gompers und der American Federation of Labor in politischen Fragen hat kein Gewicht bei den amerikanischen Arbeitern, die so handeln, wie es ihnen gefällt. Coolidge weiß dies und nimmt auf Gompers nicht Rücksicht.

Die politische, industrielle und finanzielle Lage stellen die Verbindung mit Sowjetrußland für Amerika als einen Ausweg dar. Überdies stehen die Wahlen bevor. Borah kann von den Dingen recht befriedigt sein.

Die Parlamentswahlen in Danzig.

Von P. Tokarski.

Nachstehenden Artikel bringen wir verspätet zum Abdruck, da er — durch die Verlegung der Inprekorr. nach Wien — erst jetzt in unseren Besitz gelangte.

Die Redaktion.

** In der Freistadt Danzig, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht und ein künstliches Gebilde des Versailler Vertrages ist, fanden vor kurzem die Wahlen zum Parlament statt. Die ersten Parlamentswahlen waren im Mai 1920, nach der Loslösung Danzigs von Deutschland.

Die Nachbarschaft des nationalistisch-imperialistischen Polens, das immer mit einem Gewaltstreich nach dem Memeler Muster droht, hat die Klarheit der Wahlen getrübt. Die Angst vor der polnischen Okkupation stieß die Bevölkerung Danzigs in die Arme der deutschnationalen Volkspartei, die den Mund voll nahm mit patriotischen Phrasen. Deshalb hat diese Partei 26·9% aller Stimmen und von den insgesamt 120 Mandaten 33 erhalten.

Dieses Wahlergebnis stellt einen Protest der Danziger Bevölkerung gegen die imperialistischen Gelüste Polens dar. Die auf die polnische Liste abgegebenen Stimmen sanken gegenüber 9300 bei der letzten Wahl auf 7100. Statt der bisherigen sieben Mandate erhalten die Polen jetzt nur fünf. Auch die eifrige Agitation, in der man der Danziger Bevölkerung billige Nahrungsmittel aus Polen versprochen hatte, half nichts.

In diesen Wahlen trat noch eine charakteristische Erscheinung zutage, die ja übrigens bei allen Wahlen der Nachkriegszeit zu vermerken ist, nämlich: der Rückgang der Parteien der Mitte. Die Bevölkerung erhofft die Rettung aus Elend und Hunger von der Linken oder Rechten und kann sich für die breiigen demokratisch gemäßigten Parteien der Mitte nicht erwärmen. So gehen auch die Parteien der Mitte — schon vor den Wahlen durch innere Streitigkeiten zersetzt — geschwächt aus den Wahlen hervor und verlieren ihre bisherige Bedeutung. Auch die VSPD. kehrt in das Parlament geschwächt zurück. Statt der bisherigen 36 Sitze hat sie gegenwärtig nur 29.

Die Kommunistische Partei in Danzig hat zum ersten Male an den Wahlen teilgenommen. Im Mai 1920 hat sie das Parlament boykottiert. Ihre bisherige Fraktion, die aus sechs Genossen bestand, entstand nach der Spaltung der USPD. Jetzt erhielt die KP. 15.036 Stimmen, daß heißt 9·2% der Gesamtzahl und elf Mandate. An der Spitze der kommunistischen Liste standen die bekannten Danziger Arbeiterführer Laschewski, Emma Doell, Klaps und Raube. Wenn man in Betracht zieht, daß die Kandidaten vom Lande aus formellen Gründen durch die Wahlkommission gestrichen wurden und das demzufolge ein großer Teil der Landarbeiter sich der Stimme enthielt, so muß das Ergebnis befriedigend erscheinen. Die Arbeiterviertel stimmten in ihrer Masse für die Kommunisten. Besonders die Arbeiter der Holzindustrie, der in Danzig wichtigste Teil des Proletariats, stimmte für die kommunistische Liste. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß die kommunistische Idee unter den Danziger Arbeitermassen an Einfluß zunimmt und der Ausgang der Wahlen einen Sieg der KP. darstellt.

Arbeiterbewegung

Beamtenabbau in Deutschland.

Von Emil Eichhorn (Berlin).

** Deutschland und Österreich stehen im Zeichen des Beamtenabbaues. Die letzte zwingende Veranlassung dazu waren die vom bankrotten Staat nicht mehr tragbaren finanziellen Lasten, die die Unterhaltung des Beamtenapparats erfordert. Was ist es mit diesem Beamtenabbau? Ist er notwendig? Wenn er am richtigen Ende angefaßt wird, ganz zweifellos! Deutschland und Österreich sind ausgesprochene Polizeistaaten, in denen das öffentliche und private Leben der „Untertanen" fürsorglich eingeschnürt ist in eine Fülle behördlicher Reglements und in zahllose obrigkeitliche Befehle und Verbote. In solchen Staaten ergibt sich notwendigerweise eine starke Hypertrophie der Bureaukratie. Der Beamtenkörper schwillt zu Dimensionen an,

die in keinem vernünftigen Verhältnis zur Bevölkerung des Landes stehen. Deutschland hat gegenwärtig zwei Millionen Reichsbeamte, ebensoviel Beamte der Länder und Gemeinden, und dazu kommen noch zwei Millionen pensionierte Beamte. Das sind sechs Millionen Existenzen, die auf Leistungen aus öffentlichen Mitteln gegründet sind. Etwas viel für ein Sechzig-Millionen-Volk! Das kleine Deutsch-Österreich mit seinen ihm verbliebenen sechs Millionen Einwohnern hatte vor Beginn des Abbaues dreihunderttausend Staatsbeamte; die Zahl der Gemeindebeamten und der Pensionäre wird nicht wesentlich geringer sein, so daß hier ungefähr dasselbe Verhältnis wie in Deutschland besteht.

Nun sind allerdings auszuscheiden die Beamten und Angestellten der Betriebsverwaltungen, der Eisenbahn, Post und der mehr oder weniger umfangreichen produktiven Betriebe der Länder und Gemeinden. Aber selbst nach Abzug dieser Beamten und Angestellten, die als Träger von produktiven Unternehmungen grundsätzlich nicht im Subsidienverhältnis zu den öffentlichen Mitteln stehen sollten, bleibt noch ein übermäßig großer Rest von Beamten zu Lasten der Allgemeinheit übrig.

Ein vernünftiger Beamtenabbau müßte verbunden sein mit einer gründlichen Verwaltungsreform. Was nützt der Beamtenabbau, wenn ihm nicht vorausgeht der Ämterabbau? Wenn man auf der einen Seite eine Anzahl Beamte entläßt und auf der anderen Seite immer neue Ämter und Ministerien errichtet. Die nachrevolutionäre Zeit hat in Deutschland eine Menge neuer und zum Teil recht überflüssiger Behörden und Ämter gebracht. Man will und muß abbauen, und man schuf ein Polizeiheer, das in seinem Umfang über das von der Entente zugelassene Kriegsheer hinausgeht. Aus Reichsmitteln allein wird die Unterhaltung von neunzigtausend militärisch organisierten Polizeimannschaften subventioniert. Daneben stehen andere konterrevolutionäre Einrichtungen, wie die Zentrale für die Technische Nothilfe (Streikbrecherzentrale), die Zentrale für den Heimatdienst (Reklameinstitut der republikanischen Regierung) und das Reichskommissariat für die öffentliche Sicherheit (Spitzelzentrale).

Die deutsche Regierung hat, dem österreichischen Beispiel folgend, eine dreijährige Einstellungssperre verfügt, sie wird kaum Anwendung finden auf die konterrevolutionären Institute. Eine Ämtersperre wäre viel notwendiger! Und Ämterabbau, Vereinfachung der Verwaltung — das hätte ganz automatisch ein Abschwellen des Beamtenkörpers, besonders in den oberen Regionen der parasitär gehäuften Aufsichts- und Kontrollinstanzen, zur Folge.

Aber wie sieht der Beamtenabbau in Deutschland aus? Österreich hat seinen Beamtenabbau gesetzlich geregelt. Obwohl der dortigen Volksvertretung der vom Völkerbund eingesetzte Finanzregent Zimmermann im Nacken sitzt, konnten dort unter dem Einfluß der Beamtenorganisationen grobe Härten vermieden werden. Der ursprünglich geplante Abbau umfaßte nur 8·3% der Beamten, er soll erst im Laufe des Jahres 1924 langsam auf zirka 30% ausgedehnt werden. Der österreichische Abbau ist durch die Novelle zum Abbaugesetz auch vorwiegend nach Gesichtspunkten verwaltungstechnischer Zweckmäßigkeit orientiert; auf schematische Massenentlassungen hat man verzichtet.

In Deutschland ist der Abbau ein Produkt der Ermächtigungsdiktatur, hier wurde keine Volksvertretung gefragt, keine Beamtenvertretung gehört, kraft diktatorischer Macht verfügt die Regierung die Entlassung von 25% der Beamten und Angestellten; und die Entlassungen beginnen nicht an den überflüssigen Stellen, sondern unten bei den wirklich arbeitenden und nützlichen Gliedern des Beamtenkörpers.

Die Abbauverordnung vom 27. Oktober 1923*) beginnt mit den Entlassungn bei den Arbeitern. Die nächste Gruppe sind die Angestellten und kündbaren Beamten, in letzter Linie folgen die lebenslänglich angestellten Bamten. Bei Arbeitern und Angestellten gibt es keinerlei Einschränkungen, die Verordnung verfügt kurz und bündig: sie sind zu entlassen! Anstellungs- oder Kündigungsverträge, die einer sofortigen Entlassung entgegenstehen, sind null und nichtig. Selbst die Schutzbestimmungen, die in der Demobilmachungsverordnung und im Betriebsrätegesetz gegen willkürliche Entlassungen getroffen sind, werden durch die Abbauverordnung aufgehoben, soweit „Arbeiter und Angestellte entlassen werden, die ihre Dienstbezüge aus öffentlichen Mitteln erhalten".

Die Eisenbahnverwaltung hat schon wiederholt Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten verfügt. Teilweise haben diese Entlassungen, die vielfach die qualifizierten Kräfte trafen, schweren Schaden angerichtet, man hat dann wieder neue Kräfte einstellen müssen. Die Betriebsräte bei der Eisenbahnverwaltung bemühten sich diesmal, den Entlassungen dadurch vorzubeugen, daß sie Verkürzung der Arbeitszeit vorschlugen, was dieselben Ersparniseffekte gehabt hätte wie die Entlassungen. Das wurde brutal abgelehnt, man will nicht kürzere, man will längere Arbeitszeit.

Die zur Entlassung kommenden Angestellten sollen abgefunden werden. Allerdings mit so lächerlichen Bettelpfennigen, daß die Bezeichnung „Abfindung" wie ein Hohn klingt. Die Abfindung beträgt ein halbes bis vier Monatsgehälter, letztere bei 14 und mehr Dienstjahren. Auch die freiwillig ausscheidenden Beamten sollen Abfindung erhalten, und zwar in der doppelten Höhe der Abfindung der Angestellten.

Die Zahl der entlassenen Arbeiter und Angestellten wird auf die Gesamtzahl der zu entlassenden 25% angerechnet. Daraus läßt sich ermessen, daß die Gefahr der Entlassung für die oberen Beamtenkreise nicht allzu groß mehr sein wird.

Der Abbau der Beamten geschieht rein schematisch durch Zwangspensionierung und durch Versetzung in den vorläufigen Ruhestand. Die Zwangspensionierung tritt mit dem 58. Lebensjahr ein, nach vollendetem Abbau soll als Dauerzustand die Zwangspensionierung mit dem 65. Lebensjahr bestehen bleiben. Für Entlassungen dieser Art sind gewisse „soziale Richtlinien" vorgesehen. Sie stellen folgende Reihenfolge der Entlassungen auf: 1. die Alten für die Zwangspensionierung in Frage kommenden, 2. die Unverheirateten, 3. die kinderlos Verheirateten, 4. die Verheirateten mit Kindern nach der Zahl der von ihnen zu versorgenden. Das Schema birgt natürlich eine Menge möglicher Ungerechtigkeiten und Härten in sich, die in der Praxis bei der in Deutschland üblichen bureaukratischen Schablone kaum ausgeglichen werden dürften. Es kommt noch eins hinzu: Eine generelle Bestimmung besagt, daß bei der Auswahl der zu entlassenden und in den Ruhestand zu versetzenden Beamten der „Wert ihrer dienstlichen Leistungen" entscheidend sein soll. Der Eisenbahnminister hat in einem Kommentar zur Abbauverordnung diesen Satz dahin interpretiert, daß „als wichtiges Merkmal" für die Beurteilung des Leistungswertes des Beamten auch persönliche Dienstwilligkeit und bewiesene Arbeitsfreudigkeit anzusehen und bei der Auswahl entsprechend zu würdigen sei. Das ist eine offene Anweisung, die Schmarotzer, Streber und charakterlosen kriechenden Subjekte im Dienst zu behalten und rechtliebende, rückgratfeste Männer hinauszuwerfen. Es ist natürlich nichts als scheinheiliges Gerede, wenn im gleichen Atemzug die Abbauverordnung versichert, daß die politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung eines Beamten bei der Auswahl der zu entlassenden nicht von Einfluß sein dürfe.

Die Abbauverordnung erstreckt sich nicht nur auf die Reichsbeamten, sie verfügt auch die Entlassung von 25% der Länder- und Gemeindebeamten. Die Befugnis zu dieser Unterstützung stützt sich auf die den Ländern und Gemeinden gewährten Zuschüsse zur Beamtenbesoldung. Ländern und Gemeinden sind die Hauptsteuerquellen vom Reiche entzogen worden; das Reich hat dafür den teilweisen Unterhalt der Länder und Gemeinden übernommen, behält sich aber ein starkes Kontrollrecht der Ausgaben, insbesondere für die Beamtenbesoldung, vor. Ein „Besoldungssperrgesetz" verbietet Ländern und Gemeinden, ihre Beamten hinsichtlich der Beförderung und Besoldung günstiger zu stellen als die Reichsbeamten. Für den Fall, daß Länder und Gemeinden dem Entlassungsbefehl nicht in vollem Umfange nachkommen sollten, droht die Verordnung Kürzung der Reichszuschüsse an.

Der Abbau trifft weiter die Beamten und Angestellten der Institute der sozialen Versicherung. Eine planlose Massenentlassung bei den Krankenkassen und ähnlichen Versicherungseinrichtungen für die Arbeiter kann unter Umständen den ganzen Betrieb in Frage stellen und muß zum schweren Schaden für die Versicherten ausschlagen.

Einen besonderen Vorstoß unternimmt die Abbauverordnung gegen die verheirateten weiblichen Beamten und gegen

*) Abgedruckt im Reichsgesetzblatt, Teil I, Nr. 108, vom 30. Oktober 1923.

die Lehrer und Lehrerinnen. Die weiblichen Beamten und Lehrerinnen sollen möglichst sofort restlos aus dem Amt entfernt werden. Auf die Lehrer finden im übrigen die Bestimmungen der Verordnung Anwendung. Unsere deutschen Schulverhältnisse sind heute schon die denkbar schlechtesten, die Lehrer sind überlastet, die Schulen leiden unter der allgemeinen Finanznot. Diese Übel werden bis ins Extrem verschärft durch weitere erhebliche Entziehung von Lehrkräften. Der Verfall der Jugendbildung und Erziehung hat in der Kriegs- und Nachkriegszeit außerordentlichen Umfang angenommen, er muß katastrophal werden, wenn der Beamtenabbau mechanisch auch auf die Lehrkräfte der Volksschulen angewendet wird.

Die Massenentlassungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter will die Regierung ausgleichen durch Verlängerung der Arbeitszeit und Zwang zur Nebenbeschäftigung. Die Arbeitszeit ist durchgängig um eine Stunde täglich auf 54 Stunden in der Woche verlängert worden. Die Nebenbeschäftigung der Beamten war bisher nach dem bestehenden Beamtenrecht an ausdrückliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden; jetzt wird den Beamten obligatorisch zur Pflicht gemacht, jede Nebenbeschäftigung im öffentlichen Dienst anzunehmen.

Und das alles bei einer Herabsetzung der Gehälter auf 25 bis 30% des Vorkriegswertes. Seit dem 1. Dezember sind die Gehälter und Löhne auf Goldbasis umgerechnet, sie betragen nominell die Hälfte bis vier Fünftel der Höhe der Vorkriegssätze. Die Lebenshaltung ist aber seitdem durchschnittlich um das Dreifache gestiegen, wodurch die Realbezüge auf den vorstehend angeführten Prozentsatz herabgedrückt werden.

Da die Pensionen nach den Grundgehältern berechnet werden, trifft die Kürzung der Gehälter auch die Pensionäre. Die Abbauverordnung führt aber einen weiteren empfindlichen Schlag gegen die Pensionäre. Schon bei einer Änderung des Versorgungsgesetzes für die Kriegsopfer wurde en passant eine Bestimmung über Kürzung der Pensionen bei Nebenerwerb aus privater Tätigkeit eingesetzt. In Beamtenkreisen stießen die Absichten auf Pensionskürzung auf starken Widerspruch, liegt darin doch ein flagranter Verstoß gegen gesetzlich verbriefte Rechte der Beamten. Die Abbauverordnung kehrt sich nicht daran, sie sieht ganz allgemein Pensionskürzungen vor, wenn der Pensionierte Nebeneinnahmen aus privater Tätigkeit in einer gewissen Höhe bezieht. Auch in Österreich plante man ein Pensionsstillegungsgesetz. Es scheiterte dort an dem Widerstand der Beamten; die Diktatur in Deutschland kennt Rücksichten auf die Beamten und ihre Rechte nicht.

Zum Schluß vergreift sich die Abbauverordnung auch noch an den Rechten der Kriegsbeschädigten. Das Versorgungsgesetz wird durch eine ganze Reihe Verschlechterungen im Verordnungswege durchlöchert. Die Zusatzrente für Schwerbeschädigte wird nur noch gewährt, wenn ein „dringendes Bedürfnis" vorliegt, Abfindungen kleiner Renten in Höhe von 10 bis 20% werden nicht mehr gewährt, die Zahlungsverpflichtungen, die sich auf Gesetze der Vorkriegszeit stützen, werden eingestellt, und auch Abfindungen dafür nicht geleistet. Das ist der „Dank des Vaterlandes", den man während der Kriegszeit nicht laut genug predigen konnte.

Alles in allem stellt die Abbauverordnung einen Rechts- und Verfassungsbruch schlimmster Art dar. Sie hebt Rechte auf, die nicht nur durch die Beamtengesetze, sondern besonders auch durch die Weimarer Verfassung festgelegt waren. Und sie geht mit einer Brutalität zu Werke, die nur möglich und erklärlich ist aus der diktatorischen Macht, die der großkapitalistischen Regierung durch das Ermächtigungsgesetz in die Hände gelegt wurde. Die Regierung begründet ihr Vorgehen mit dem drohenden finanziellen Zusammenbruch. Wer hat ihn verschuldet? Doch nur die vom Stinnesgeist getragene Regierung selbst, durch ihre Steuerpolitik, die systematisch den Besitz schonte. Während die besitzlosen Massen bis zum Weißbluten steuerlich belastet sind, wurden die Besitzenden nicht nur geschont und begünstigt, sie durften das Hungerelend des Volkes, das Ruhrabenteuer, die Währungsexperimente der Regierung noch zur Quelle unerhörten räuberischen Gewinnes machen. Jetzt, nachdem diese verbrecherische Politik die Reichsfinanzen an den Rand des Bankerottes gebracht hat, müssen Arbeiter, Beamte und Angestellte als Opfer bluten.

Das alles war vorauszusehen, um so schwerer trifft die Verantwortung die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Regierungsparteien, die der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz absolutistische Vollmachten gaben.

Weißer Schrecken

Die Stimme eines bulgarischen Geistlichen.

(Brief des Geistlichen Athanas an seinen Sohn, Student in Österreich.)

Lieber Sohn!

Um den 1. Oktober d. J. kamen in unser Dorf Boris Gentscheff, Student der Medizin aus Graz (Österreich), und sein Bruder Iwan Gentscheff, aktiver Offizier. Der Kommandant des Dorfes, Oberst Todoroff, wurde von Iwan Gentscheff wegen irgendwelcher „sehr wichtigen Ursachen" abgelöst. Der neue Kommandant Gentscheff ließ aus Philippopel 15 Halsabschneider kommen, Millionäre in Soldatenuniformen. Den ganzen Tag, am 3. Oktober, trank die ganze Bande mit den Brüdern Gentscheff im Hause von Pelo Popoff und drohte andauernd, daß sie nach dem Wein Blut trinken wollte.

Gegen 7 Uhr abends luden sie tatsächlich 13 Bauern, unter ihnen Deinen Bruder Petko, auf einen Kraftwagen und fuhren sie nach Philippopel. Wir baten, daß man sie doch am Tage transportieren sollte, wurden aber mit vorgehaltenen Bajonetten zum Schweigen gezwungen. Der Kommandant verbot das Verlassen des Dorfes und gab keine Reiseerlaubnis aus.

Der Lastwagen fuhr ab, begleitet von dem Schreien der Frauen und Kinder. Der Kommandant und sein Bruder aber setzten das Trinken fort, um die Stimme des Gewissens zu unterdrücken.

Tage vergingen und wir wußten nichts über das Schicksal der Verhafteten, bis am dritten Tage Nikola Nikoloff aus Kurtewo in unser Dorf kam und uns folgende schreckliche Nachricht brachte: Als der Lastwagen zwischen den Dörfern Kurtewo und Kara-Tair in die Nähe der Wassermühle des Kalju Kurteff, an der rechten Seite des Walles angelangt war, sagte der Chauffeur, der Motor sei beschädigt, er könne nicht weiterfahren. Darauf die Banditen: „Der Dicke soll herunter!" Man riß Deinen Bruder Petko vom Wagen und quälte und mißhandelte ihn auf schrecklichste Weise. Nachdem man ihn durch 50 Messerstiche verletzt hatte, zertrümmerte man ihm den Schädel. Ebenso wurde auch Nikola getötet, die anderen flüchteten, drei von ihnen erschoß man noch.

Diese traurige Nachricht verbreitete sich bald und versetzte das ganze Dorf in Aufregung. Wir sind erschüttert. Deine Schwägerin, die als Witwe mit drei kleinen Kindern zurückblieb, ist nicht zu trösten. Ich finde weder Worte, um meine Empörung über diese wilden Tiere, unsere Regierer, auszudrücken, noch Tränen, um mein Trübsal zu beweinen. Ich warte nur auf den Tod, der den Qualen ein Ende machen soll, damit ich das Weinen und Schreien der Witwen und Waisen nicht mehr zu hören und sehen brauche.

Mit Mühe bewegten wir den Kommandanten, uns — zwei Geistlichen — die Erlaubnis zur Bestattung der Ermordeten zu geben. Um 7 Uhr abends kam der Wagen mit den nackten, verstümmelten Leichen an. Der Kommandant befahl uns, sie bis zum nächsten Morgen 8 Uhr zu bekleiden. Um 3 Uhr fand die Beerdigung statt. Die von uns verlangte Untersuchungskommission traf nicht ein.

Niemand im Dorfe weiß, warum diese Leute verhaftet und ermordet wurden. Die Hauptschuld an den Morden trifft die Regierung, die solchen Banditen und Bluthunden, wie es die Trinker und Spieler Brüder Gentscheff sind, gestattet, unschuldige Menschen zu ermorden. Schwere Zeiten sind für das Volk angebrochen, willkommen nur den Mördern. Weder die Türken noch die Enitscharen*) haben jemals solche Greueltaten begangen.

Kaum kam die Regierung des gelehrten Professors Zankoff ans Ruder und alle Parteien der Ordnung, Gesetzlichkeit und Demokratie — die sogenannte konstitutionelle Eintracht mit den Sozialdemokraten — und das ganze arme Volk watete in Blut. Die Elite des Volkes wurde getötet, Mütter ihrer Söhne, Frauen ihrer Männer und Kinder ihrer Väter beraubt, die „Demokratie" aber aufrechterhalten ...

Wenn Du meinen Brief erhältst, schreibe sofort Deinem Bruder in Amerika, er soll alle Zeitungen darüber berichten

*) Mohammedanisierte junge Christen, die schon von Kindheit an in der türkischen Armee erzogen wurden.

lassen. Bringe all das zur Kenntnis der Öffentlichkeit in der deutschen und englischen Presse. Die ganze Welt soll wissen, daß Bulgarien von Bestien, die Menschenblut trinken, regiert wird. Dort in Westeuropa leben Menschen, sie werden unseren Ruf verstehen, sie werden das Weinen von tausenden Kindern, die bei dem eintretenden Winter ohne Obdach und Brot als Waisen zurückgeblieben sind, hören. Ich glaube fest, daß die öffentliche Meinung in Europa und Amerika, nachdem sie von diesen Greueltaten gehört hat, sich nicht wieder von unserem Herrscher täuschen lassen wird.

Im Namen der tausenden Eltern, Witwen und Waisen, im Namen des ganzen Volkes verlangen wir eine Enquete der Taten unserer Regierung über das unschuldig vergossene Blut.

Vergiß nicht, in der Presse hervorzuheben, daß die Brüder Gentscheff, die unmittelbar an der Ermordung der fünf Bauern schuld sind, frei herumlaufen. Folgend eine Liste der ohne Grund Verhafteten und Ermordeten unseres Dorfes:

Eingekerkert in den Gefängnissen von Philippopel:

1. Angel Angelkoff, 24 Jahre alt, Lehrer, verheiratet.
2. Kalofer Schudareff, 27 Jahre alt, Bauer, verheiratet.
3. Lazar Nikoloff, 24 Jahre alt, Maschinist, ledig.
4. Boris Christoff, 28 Jahre alt, Bauer.
5. Slawej Christoff, 25 Jahre alt, Bruder des Vorgenannten.
6. Peter Nedeltscheff, 26 Jahre alt, Arbeiter.
7. Angel Nedeltscheff, 17 Jahre alt, Bruder des Vorgenannten.
8. Kostadin Bakardjijtscheto, 20 Jahre alt, Arbeiter.

Ermordet:

1. Petko Iw. Todoroff, 43 Jahre alt, verheiratet.
2. Stojan Pannoff, 30 Jahre alt, Lehrer, verheiratet.
3. Michael Tr. Toschkoff, 32 Jahre alt, Lehrer, verheiratet.
4. Nedeltscho P. Ljachow, 16 Jahre alt, Schneiderlehrling.
5. Nikola Georgieff, 20 Jahre alt, Bauer, ledig.

Das sind die traurigen Nachrichten aus unserem Dorfe. Bring alles zur Kenntnis der ganzen zivilisierten Welt. Vom Widin bis zum Schwarzen Meer und vom Rodopigebirge bis zur Donau ist ein ganzes Volk versklavt und Tausende wie Vieh abgeschlachtet. Viele blühende Städte und Dörfer in Trümmerhaufen, die Schulen in Gefängnisse und die Gefängnisse in Höllen umgewandelt.

Kritschim, den 3. November 1923.

Gruß Dein Vater.

Unsere Probleme

Zur Bauernfrage.

Von L. Trotzki.

** Des öfteren wandten sich schon Parteigenossen an mich mit der Frage, worin meine Sonderstellung zur Bauernfrage bestehe und worin sich meine Ansichten von denen des Genossen Lenin unterscheiden. Andere Genossen stellten diese Frage in einer genaueren und konkreteren Form: sie fragten, ob es wahr sei, daß ich die Bauernschaft, ihre Rolle in unserer wirtschaftlichen Entwicklung „unterschätze" und folglich dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß (Smytschka) des Proletariats und der Bauernschaft nicht die gehörige Bedeutung beimesse? Solche Fragen wurden mir sowohl mündlich als auch schriftlich vorgelegt. „Woher habt Ihr aber all dies?" — fragte ich mit der größten Verwunderung — „auf was für Tatsachen begründet Ihr eine solche Behauptung?" — „Darum handelt es sich ja eben" — war meistens die Antwort — „daß wir keine Tatsachen kennen, es sind ja bloß Gerüchte im Umlauf."

Anfangs kümmerte ich mich nicht sehr viel um diese Gerüchte, aber ein Brief, den ich neuerdings in dieser Angelegenheit bekam, bewog mich, über die Sache nachzudenken. Woher diese Gerüchte? Und ganz zufällig fiel mir ein, daß solche Gerüchte schon vor vier bis fünf Jahren auf dem Sowjetboden üppig geblüht haben. Damals hatten sie eine einfachere Form: „Lenin sei für die Bauern, Trotzki gegen sie". Ich suchte das gedruckte Material über diese Frage heraus. Sowohl in meinem Artikel vom 7. Februar 1919 in der „Iswestia" wie in dem Artikel des Genossen Lenin vom 15. Februar in der „Prawda" wurden diese Gerüchte schärfstens Lügen gestraft.

Die Gerüchte leben aber anscheinend fort. Es gibt ein französisches Sprichwort: „Verleumde nur fleißig, etwas bleibt schon kleben". Jetzt sind es allerdings nicht mehr wie damals die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, die diese Gerüchte nötig haben. Ihr Reich ist ja schon lange zu Ende. Dafür aber erschien der „Nep"mann in der Stadt, der Kaufmann und der reiche Bauer im Dorf. Es liegt außer jedem Zweifel, daß diese Schichten ein sehr großes Interesse daran haben, über das Verhältnis der Kommunistischen Partei zur Bauernschaft Verwirrung und Zweifel auszustreuen. Es sind doch gerade der reiche Bauer, der Aufkäufer, der neue Kaufmann, der städtische Vermittler, die mit dem Bauern als Getreideproduzenten und Käufer von industriellen Erzeugnissen eine Verbindung auf dem Markte suchen und von dieser Verbindung die Organe des Sowjetstaates auszuschließen trachten. Gerade auf dieser Linie kommt jetzt die Hauptschlacht zur Entfaltung. Auch hier dient die Politik wirtschaftlichen Interessen. Es ist zu denken, daß der private Vermittler, wenn er mit dem Bauern Anknüpfungen sucht und dessen Vertrauen gewinnen will, die alten Lügen der Gutsbesitzer sehr gerne auffrischt und wieder in Umlauf bringt, allerdings etwas vorsichtiger, wie seinerzeit die Gutsbesitzer, weil ja seither die Sowjetmacht erstarkt ist.

Eine klare, einfache und erschöpfende Darstellung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Proletariats und der Bauernschaft, oder mit anderen Worten der Staatsindustrie und der Landwirtschaft, gab Genosse Lenin in seinem bekannten Artikel „Lieber weniger, aber gut". Der Grundgedanke des Artikels kann in folgendem zusammengefaßt werden: In den nächsten Jahren müssen wir den Sowjetstaat, obwohl wir seinen Charakter als Arbeiterstaat bewahren, in jeder möglichen Weise den Nöten, Bedürfnissen und der Kraft der Bauernschaft anpassen; die Sowjetindustrie, die wir als Staats-, das heißt als sozialistische Industrie bewahren, müssen wir einerseits dem Bauernmarkt, anderseits der Steuerfähigkeit der Bauernschaft anpassen. Nur so werden wir das Gleichgewicht bei uns im Sowjetstaate behalten können, solange die Revolution das Gleichgewicht in den kapitalistischen Ländern nicht umstößt. Nicht die Wiederholung des Wortes „Zusammenschluß" in allen Tonarten (obwohl es an sich ein gutes Wort ist), sondern die praktische Anpassung der Industrie an die landwirtschaftliche Grundlage kann uns eine wirkliche Lösung der Zentralfrage unserer Wirtschaft und Politik geben.

Hier kommen wir auf das Problem der „Schere" zu sprechen. (Unter Schere versteht man in Rußland das starke Mißverhältnis zwischen den Goldpreisen der landwirtschaftlichen und Industrieprodukte: dieses Mißverhältnis nimmt nämlich in der graphischen Darstellung der Goldpreise die Form einer Schere an. Der Ausdruck stammt vom Genossen Trotzki. Die Red.) Die Anpassung der Industrie an den Bauernmarkt stellt uns in erster Linie vor die Aufgabe der unbedingten Herabsetzung des Selbstkostenpreises der Industrieprodukte. Der Selbstkostenpreis hängt jedoch nicht nur von der Arbeitsmethode in der betreffenden Fabrik, sondern auch von der Gesamtorganisation der Staatsindustrie, der staatlichen Transportmittel, der Staatsfinanzen und des staatlichen Handelsapparates ab. Wenn es zwischen den verschiedenen Teilen unserer Industrie ein Mißverhältnis gibt, so bedeutet das, daß der Staat über sehr viel totes Kapital verfügt, das die ganze Industrie belastet und den Preis eines jeden Arschin Kattun und eines jeden Paketes Streichhölzchen erhöht.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist die Krise der natürliche und letzten Endes einzige Regulator der Wirtschaft, das heißt das einzige Mittel, das die verschiedenen Zweige der Industrie miteinander und die Gesamtproduktion der Industrie mit der Aufnahmefähigkeit des Marktes in Einklang bringt. Aber in unserer Sowjetwirtschaft, die eine Übergangswirtschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist, können die industriellen Handelskrisen keineswegs als das normale oder sogar einzige Mittel anerkannt werden, mit dessen Hilfe die einzelnen Bestandteile der Volkswirtschaft miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Krise vernichtet oder verpulvert einen gewissen Teil des Staatsvermögens, und ein Teil dieses Teiles gelangt in die Hände des Kettenhändlers, des Aufkäufers, das heißt in die Hände des Privatkapitals.

Da wir von der Vergangenheit eine außerordentlich zersetzte Industrie als Erbschaft bekamen und außerdem noch die einzelnen Teile der Industrie vor dem Kriege in einem ganz anderen Verhältnis zueinander standen, als es für uns heute erforderlich wäre, so ist die Regelung der Wirtschaft, die Anpassung der einzelnen Teile der Industrie aneinander — und zwar in der

Weise, daß die gesamte Industrie vermittels des Marktes mit der Landwirtschaft in Einklang gebracht werde — eine der schwierigsten Aufgaben. Wenn wir uns entschließen würden, den notwendigen Umbau allein mit Hilfe so schrecklicher Stöße, wie es Krisen sind, durchzuführen, so würde das bald bedeuten, daß wir dem Privatkapital, das schon ohnehin bestrebt ist, zwischen uns und dem Dorfe eine Scheidewand aufzurichten, einen großen Vorsprung geben. Das private Handelskapital steckt heute riesige Profite ein. Dazu beschränkt es sich immer weniger auf die Vermittlungsoperationen. Es versucht den Kleinproduzenten zu organisieren, oder Industrieunternehmungen vom Staate zu pachten. Mit anderen Worten: es wiederholt die Geschichte der ursprünglichen Akkumulation — zunächst auf dem Gebiete des Handels, sodann auch auf dem Gebiete der Industrie. Es ist vollkommen klar, daß jeder Mißerfolg, jeder Verlust, den wir erleiden, dem Privatkapital einen Vorteil bringt: erstens schon dadurch, daß solche Verluste uns schwächen, und zweitens dadurch, daß ein bedeutender Teil unseres Verlustes unvermeidlich in die Taschen des neuen Kapitalisten wandert.

Welches sind nun die Waffen, die wir unter diesen Verhältnissen zum Kampfe gegen das Privatkapital gebrauchen können?. Gibt es denn überhaupt solche Waffen? Ja, und zwar das bewußte, berechnende, planmäßige Herantreten an den Markt und überhaupt an die Aufgaben der Wirtschaft. Die wichtigsten Produktivkräfte, Transport- und Kreditmittel, befinden sich in den Händen des Arbeiterstaates. Wir brauchen gar nicht abzuwarten, daß eine allgemeine oder eine Teilkrise das Mißverhältnis der verschiedenen Elemente unserer Wirtschaft enthüllt. Wir haben die Möglichkeit, kein blindes Spielzeug der wirtschaftlichen Kräfte zu sein, da die wichtigsten Karten des Marktspieles in unseren Händen sind. Wir werden — und wir müssen das lernen! — alle Grundelemente der Wirtschaft immer besser und besser beobachten, die Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen im Produktionsprozeß und auf dem Markt im voraus berechnen und auf Grund unserer Berechnungen alle Zweige der Wirtschaft in Einklang bringen können. Wir werden es verstehen, sie sowohl quantitativ als auch qualitativ einander anzupassen und auch das erforderliche Verhältnis zwischen der gesamten Industrie und der Landwirtschaft herzustellen. Darin besteht die wirkliche Arbeit an dem Zusammenschluß des Proletariats und der Bauernschaft. Wer also behauptet: „alles liege an dem Zusammenschluß und nicht an dem Produktionsplan", versteht das innerste Wesen der Sache nicht, da der Weg zum Zusammenschluß durch die richtige, planmäßige, proportionelle Ausgestaltung und Leitung der Industrie führt. Einen anderen Weg gibt es nicht und kann es auch nicht geben.

Wenn unsere Planwirtschaftskommission (Gossplan) ihre Arbeit in richtiger Weise entfaltet, so ist das schon ein direkter Schritt zur besten und erfolgreichsten Lösung der Bauernfrage — nicht durch Aufhebung des Marktes, sondern auf Grund des Marktes. Der Bauer versteht das heute noch nicht, aber wir müssen es verstehen, jeder Kommunist, jeder fortgeschrittene Arbeiter muß es verstehen. Der Bauer wird schon früher oder später die Wirkung der Tätigkeit der Planwirtschaftskommission auf seine Wirtschaft merken. Natürlich ist diese Aufgabe sehr schwer und außerordentlich kompliziert. Mit einem Federstrich werden wir sie nicht lösen können. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert ein dauerndes System genauer und energischer Maßnahmen.

Nicht minder wichtig ist allerdings die Hebung der Landwirtschaft. Dieser Prozeß vollzieht sich aber in einer viel ursprünglicheren Weise, folglich viel unabhängiger von unserer staatlichen Einwirkung, als der Wiederaufbau der Industrie. Der Arbeiterstaat muß den Bauern auch mit landwirtschaftlichen Krediten unter die Arme greifen (so weit unsere Mittel reichen!) und durch agronomische Hilfe erleichtern, daß die Produkte der Landwirtschaft (Weizen, Fleisch, Butter usw.) auf den Weltmarkt gelangen. Der Weg zur Förderung der Landwirtschaft führt aber wiederum hauptsächlich durch die Industrie — wenn nicht direkt, so indirekt. Man muß dem Bauer zu erschwinglichen Preisen landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, Kunstdünger, billige Haushaltungsgegenstände zur Verfügung stellen können. Die Einführung und Entwicklung des landwirtschaftlichen Kreditwesens erfordert vom Staate die Mobilisierung großer flüssiger Geldmittel. Hierzu ist es notwendig, daß die Staatsindustrie rentabel sei, was wiederum ohne Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen ihren Bestandteilen unmöglich ist. Darin besteht die wirkliche, nicht phrasenhafte und nicht demonstrative, sondern praktische Aufgabe des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Um diesen Zusammenschluß politisch zu fördern und hauptsächlich den Lügengerüchten, deren Brutstätte der Apparat des Privathandels ist, entgegentreten zu können, brauchen wir eine wirkliche Bauernzeitung; — eine solche Zeitung, die tatsächlich zum Bauer gelangt, die er versteht und die eine Annäherung zwischen ihm und der Arbeiterklasse anbahnt. Eine Zeitung mit einer Auflage von 50- bis 100.000 Exemplaren kann und wird nur eine Zeitung sein, die vielleicht wohlwollend über den Bauer spricht, aber sie wird keinesfalls eine Bauernzeitung sein, weil sie nicht zu ihm gelangt, sondern unterwegs bei unseren verschiedenen Behörden liegen bleibt. Wir brauchen für die Bauern eine Wochenzeitung (für eine Tageszeitung haben wir nämlich weder die notwendigen Geld- noch die entsprechenden Verkehrsmittel), die im ersten Jahre in einer Auflage von etwa zwei Millionen Exemplaren erscheinen würde. Eine solche Zeitung würde „belehren", nicht zu allem möglichen „auffordern", sondern ihm nur erzählen, was im Sowjetbunde und im Auslande vor sich geht, und zwar mit besonderer Rücksicht auf jene Lebensgebiete, die mit dem Bauer und seiner Wirtschaft in naher und unmittelbarer Berührung stehen. Der neue, nachrevolutionäre Bauer wird das Zeitunglesen sehr schnell liebgewinnen, wenn wir nur eine entsprechende Zeitung zu schaffen verstehen. Die Auflage der Zeitung wird von Monat zu Monat wachsen und wird eine — sei es in der nächsten Periode auch nur eine allwöchentliche — Verbindung des Sowjetstaates mit vielen Millionen Bauern sichern. Aber auch die Zeitung führt uns zur Industrie zurück. Den technischen Erfordernissen muß in entsprechender Weise Rechnung getragen werden. Eine Bauernzeitung muß nicht nur in redaktioneller, sondern auch in typographischer Beziehung eine mustergültige Zeitung sein, da es eine Schande wäre, dem Bauer allwöchentlich Musterbeispiele unserer städtischen Schlamperei in die Hände zu geben.

Das wäre alles, was ich vorläufig auf die mir gestellten Frage in bezug auf die Bauernfrage antworten kann. Wenn diese Antwort die Genossen, die sich an mich gewendet haben, nicht befriedigt, so bin ich bereit, weitere, konkretere, mit genauen, aus der ganzen Erfahrung unserer sechsjährigen Sowjettätigkeit geschöpften Angaben unterstützte Aufklärung zu geben, weil diese Frage von allergrößter Wichtigkeit ist.

Rote Hilfe

Die Rote Hilfe auf der Wacht!

** Die Rote Hilfe hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Opfer des Klassenkampfes zu unterstützen, ohne Unterschied der Partei.

Die Internationale Rote Hilfe hat heute schon in fast allen Ländern Sektionen.

Die Rote Hilfe nimmt sich aller politischen Gefangenen an, die für eine revolutionäre Idee im Kerker schmachten.

Die Rote Hilfe unterstützt und speist die Hinterbliebenen revolutionärer Kämpfer und errichtet Kinderheime für die Revolutionswaisen.

Die Rote Hilfe hat in den letzten sechs Monaten 43.265 Dollar an laufenden Unterstützungen zur Auszahlung gebracht.

In den nächsten drei Monaten werden 35.000 Dollar an die Opfer des bulgarischen Bauernaufstandes abgeführt.

Für die nächsten vier Monate sind 40.000 Dollar zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Familien in Deutschland bewilligt worden.

Rund **100.000 Dollar** wird die Rote Hilfe in den nächsten vier Monaten an Unterstützungen abführen. Diese Summe ist heute schon durch Sammlungen der Sektionen in den verschiedensten Ländern, wie in Amerika, Frankreich, England, Österreich, in der Tschechoslowakei usw., gedeckt.

Aber noch größere Summen sind nötig!

Nicht nur aus Bulgarien und aus Deutschland kommen Hilferufe, auch die eingekerkerten Sinnfeiner haben sich jetzt um Unterstützung an die Internationale Rote Hilfe gewandt.

Sammelt überall für die Rote Hilfe!

* * *

Denkst Du daran?...

Tausende sind für Dich in Tod und Kerker gegangen.

Tausende leiden auch um Deinetwillen Not und bittere Folter.

Vergiß sie nicht!...

Schick ihnen Rote Hilfe!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Langegasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.